

Leserbrief

„Ein dunkles Kapitel, ungenügend aufgearbeitet“, Autor: Urs Hafner
NZZ, Samstag, 7. September 2019

von Mili Kusano, einer Betroffenen

Die halbe Stadt war ich am Sonntag abgelaufen um trotz der eintägigen Verspätung an einem Kiosk oder liegengelassen in einem Restaurant an den Artikel „Ein dunkles Kapitel, ungenügend aufgearbeitet“ zu kommen. Der Titel klang vielversprechend, denn ja, dieses dunkle Kapitel der Schweizer Geschichte ist trotz der Wiedergutmachung, trotz der Rehabilitation und trotz der jetzt abgeschlossenen wissenschaftlichen Aufarbeitung in der Gesellschaft noch ungenügend aufgearbeitet. Als ich die Zeitung dann endlich in den Händen hielt und realisierte, wer der Autor desselben ist, begannen sich erste Befürchtungen zu regen. Urs Hafner hatte bereits vor einigen Wochen die Arbeit der UEK (Unabhängige Expertenkommission) heftig kritisiert und sich dabei unter dem Deckmantel von „objektiv und wissenschaftlich“ als empathieloser Besserwisser gezeigt, der die Betroffenen als „Berufsoffer“ diffamiert. Die offenbar darauf erfolgte mündliche Entschuldigung blieb leider ein Lippenbekenntnis, wie es sich beim jetzt publizierten Artikel zeigt.

Nach der Lektüre desselben komme ich jedenfalls zum Schluss, dass der Titel „Ein dunkles Kapitel, ungenügend aufgearbeitet“ vor allem auf Urs Hafner selbst zutrifft. Was, frage ich mich, treibt ihn dazu, die langjährige Forschungsarbeit der UEK wiederholt zu kritisieren? Ist es Neid? Verfolgt er ein politisches Ziel und wenn ja, welches?

Konkret kritisieren Sie, Herr Hafner, dass als Teil des Abschlussberichtes auf ungefähr 50 Seiten einige Betroffene unzensuriert zu Wort kommen. Sie sagen, die Zeitzeugen (und Sie werfen zu Unrecht alle in einen Topf) formulieren Verschwörungstheorien, vergleichen die Schweiz mit dem „Dritten Reich“ und beleidigen das Bundesamt für Justiz. Man hätte, so lassen Sie verlauten, die Betroffenen nicht sprechen lassen dürfen, man hätte sie des Besseren belehren müssen, man hätte ihnen Basics der politischen und historischen Bildung angedeihen lassen oder zumindest ihre Aussagen kommentieren sollen.

Als Betroffene hätte ich doch zu gern gewusst, wie Sie sich das konkret vorstellen. Vielleicht ein von der UEK organisierter obligatorischer Kurs in Staatskunde und Geschichte und öffentlich sprechen soll dann ein Betroffener nur dann dürfen, wenn er den Abschlusstest nach Ihren Kriterien erfolgreich bestanden hat? Das wäre dann wohl ein ganz neues Modell, eine vom Staat bezahlte Expertenkommission als Gremium zur Nacherziehung des Forschungsobjekts. Ich werde jedenfalls aufgrund Ihrer Aussage den Verdacht nicht los, dass Sie, Urs Hafner, uns Betroffene gerne weiter entmündigt sehen würden.

Sie pauschalisieren und beleidigen nicht nur alle Betroffenen aufgrund dieser Aussagen von einigen wenigen, Sie, Herr Hafner, kritisieren auch die Arbeit der UEK. Die von Ihnen, Herr Hafner, erfolgte Kritik an der UEK wirkt doppelzüngig: Einerseits bemängeln Sie die mangelnde wissenschaftliche

Distanz, die Zusammenarbeit mit den Betroffenen. Andererseits bemängeln Sie eben auch den meiner Meinung nach mutigen Entscheid der Expertenkommission, die Betroffenen selbst unzensiert zu Wort kommen zu lassen. Es passt Ihnen nicht, was einige Betroffene sagen, ihnen einen Maulkorb zu verpassen wäre besser gewesen, meinen Sie de facto. Herr Hafner, Schweigen mussten wir alle lange, viel zu lange. Endlich sprechen zu können, endlich öffentlich Gehör zu finden gehört für viele von uns zum Heilungsprozess. Wir sind nicht der Meinung, dass Sie die oberste Instanz sind, nach deren Kriterien wir uns zu äussern haben. Ihr Ansinnen empfinden wir als reichlich arrogant, insbesondere weil Sie völlig undifferenziert die Zeitzeugenberichte pauschal über einen Kamm scheren. Mich verletzt und erschüttert das tief, denn Vorurteile haben mich um Jahre meines Lebens gebracht.

Im Weiteren sind Sie der Meinung, es sei Sache der Politik, Empfehlungen für den weiteren Umgang mit dem Thema auszuarbeiten (Gratis-GA, Steuererlass, Renten etc.) und nicht jene der Expertenkommission. Ist das ihr Ernst? Die Politik hat schon immer von den Missständen im Vormundschafts- und Sozialwesen gewusst und sich nicht darum geschert. Ohne Druck von den Betroffenen wäre weder das Thema publik geworden, noch wären wir rehabilitiert, noch hätten wir diese Wiedergutmachung erhalten. Die Politik tut, was ihr oder allenfalls der Wirtschaft dient, freiwillig jedoch gesteht sie keine Fehler ein und ohne Anklage tut sie nichts zur Abfederung begangenen Unrechts. Auf die Politik würden wir noch heute warten, hätten nicht einige mutige Betroffene den Mund geöffnet und das Thema ins Rollen gebracht. Haben Sie daran nicht gedacht oder haben Sie kein Schamgefühl, Herr Hafner?